

Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinstellung
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettizelle (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Umtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachschlag in Rechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hanswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Bichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 270

Sonnabend, den 20. November 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amthlicher Teil.

Stadtverordnetenwahl.

Der unterzeichnete Gemeindevorstand gibt hiermit bekannt, daß bei der am 14. November 1926 vorgenommenen Wahl folgende gültige Stimmen abgegeben worden sind:

Für Wahlvorschlag des Wirtschaftskartells (Beyer):	1116
Für Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Partei (Garten):	679
Für Wahlvorschlag der Angestellten, Beamten und Arbeiter (Bachstein):	471

Hiernach sind als Stadtverordnete ab 1. Januar 1927 folgende Herren gewählt:

I. Wahlvorschlag des Wirtschaftskartells:

1. Beyer, Bernhard, Kaufmann, Lange Straße 19
2. Köhler, Friedrich, Pfefferkühlermeister, Hauptstraße 19
3. Nier, Walther, Schuldir. i. R. / Vertreter, Bischofswerdaer Str. 19
4. Kirken, Arthur, Konditormeister, Hauptstraße 16
5. Zimmermann, Karl, Malermeister, Hauptstraße 26
6. Köhler, Richard, Pfefferkühlermeister, Hauptstraße 6
7. Heine, Johannes, Fabrikbesitzer, Markt 13.

II. Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Partei:

1. Garten, Emil, Lagerhalter, Schillerstraße 3
2. Klossche, Ernst, Lagerhalter, Meißner Gäßchen 349
3. Baukisch, Erhard, Lagerarbeiter, Felsstraße 272
4. Keller, Hugo, Köpfer, Dhorner Straße 1
5. Eigenberg, Paul, Tischler, Kapellgärtnerstraße 18.

III. Wahlvorschlag der Angestellten, Beamten und Arbeiter (S. D.):

1. Bachstein, Hermann, Geschäftsführer, Schillerstraße 11
2. Meier, Otto, Dierjustizsekretär, Stedlung 373
3. Danizek, Albert, Kaufmannsgehilfe, Schiefstraße 53.

Gegen die Gültigkeit der Wahl und das Wahlergebnis kann jeder Wahlberechtigte binnen 14 Tagen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses (also bis zum 4. Dezember 1926) beim Stadtrat Einspruch erheben. Ueber den Einspruch entscheiden die neugewählten Stadtverordneten.

Pulsnitz, den 18. November 1926.

Bürgermeister Kannegießer
als Gemeindevorstand.

Das Wichtigste

In Warschau fand eine Konferenz statt, in der neue Maßnahmen zur Polonisierung Ostpreussens beraten wurden.
In Brasilien ist eine Revolution ausgebrochen.
Die Wirtschaftskonferenz hat dem Völkerbund ein Projekt zur Umgestaltung der Militärkontrollen in Deutschland vorgelegt.
Riesenbrand im Schweizer Luftkurort Mürren.
Nach einer Meldung des linksgerichteten Paris soll in Italien zahlreiche Abgeordnete der sozialistischen und der kommunistischen Partei verhaftet worden.
Die Nachrichten aus Java sind spärlich. Wie ernst die Lage ist, geht aus der Tatsache hervor, daß ein holländischer Kreuzer in der Sunda-Strasse stationiert worden ist, um eine Flucht der Aufständigen nach Sumatra zu verhindern.
Nach Meldungen aus Casablanca hat eine Springflut an der Küste große Verwüstungen angerichtet. Die Hafenanlagen von Casablanca sind zum größten Teil zerstört.
Der Dampfer Montreal der kanadischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der sich auf der Fahrt von Quebec nach Montreal befand, ist gestern durch Feuer vollkommen zerstört worden. 5 Mann von der 40 Köpfe starken Besatzung wurden verletzt. Passagiere besaßen sich nicht an Bord. Das Schiff mußte auf Grund gesetzt werden.
Das Berliner Tageblatt teilt mit: Die bereits angekündigte Begegnung zwischen Vertretern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der britischen Industriellenvereinigung findet am 3. Dezember in London statt.
Die Morgenblätter melden aus Baltimore: In einem Trockenbock der Bethlehem Steel company ist ein Tank des norwegischen Oeltankschiffes Mantilla explodiert. Es sollen 15 Personen getötet und 75 verletzt worden sein.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.
Der Wert der Anleiheablosungsschuld — Allgemeine Börsenlage — Wie steht die Reichsbahn da? — Handwerk und Wirtschaft.

Wir haben kürzlich mitgeteilt, daß vom 15. d. M. ab die Anleiheablosungsschuld an der Berliner Börse amtlich notiert wird. Der Kurs stellt sich durchschnittlich auf 337—338—339 Prozent. Da die Tendenz der Börse zurzeit flau ist, besteht die Möglichkeit, daß diese angeführten Kurse sich demnächst noch weiter senken werden. Es erscheint nun auffallend, daß Anleiheablosungsschuld so hoch notiert, während Kriegsanleihe selbst noch nicht einmal auf 1 Prozent steht (zirka 800 Milliarden).

Man muß zunächst einwenden, daß die Notiz für Anleiheablosungsschuld einseitig des dem Altbefizier gewährten Auslosungsrechtes festgestellt wird. Bekanntlich erhält jeder Altbesitzer für 1000 Mark

Die Not der mittleren und kleinen Städte

Größere Ausgaben, aber kleinere Einnahmen

Die Danziger Anleihe wird in Deutschland aufgelegt — Der Oktoberbericht der Reichsbahn
Der englische Bergarbeiterstreik geht weiter — Graf Bosdari über die Kriegsschuldfrage
Die Wirtschaftslage der Reichspost. Die Fridericusmarke — Poincaré stellt siebenmal die Vertrauensfrage

Vorstandssitzung des Reichsstädtebundes

4 Fulda. Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes hielt in Fulda eine mehrtägige Sitzung ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage: Deckung der 1926 erheblich gestiegenen Gemeindeausgaben auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge und allgemeinen Fürsorge unter möglichst gerechter Verteilung der Steuerlasten. Es wurde festgestellt, daß für die meisten mittleren und kleineren Städte das Rechnungsjahr 1926 trotz der Beschränkung auf unbedingt notwendige Ausgaben ein Defizitjahr bleiben wird. Daher ist im künftigen Finanzausgleich eine Erhöhung des Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer oder zum mindesten die Aufrechterhaltung der Reichsumsatzsteueranleihe unbedingt erforderlich.

Die von verschiedenen Parteien beantragten weiteren Einschränkungen der Gewerbesteuer würden die Finanzen der mittleren und kleinen Städte ernstlich gefährden. Die im Entwurf des Gewerbesteuergegesetzes vorgesehene Herausnahme des Miet- und Pachtzinses aus der Ertragssteuer verringert ihren Grundbetrag um 20—25 Prozent und die Auscheidung der Grundstücke aus der Gewerbesteuer deren Grundbetrag um über 50 Prozent. Mangels einer entsprechenden Erhöhung des Steuerfußes müßten daher die Gemeinden 1927 ihre Prozentzuschläge erheblich erhöhen, um die gleichen Einnahmen zu erzielen wie 1926.

Zur Beseitigung der Wohnungsnot fordert der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes:

Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms auf mindestens fünf Jahre und Sicherung seiner Finanzierung für etwa 250 000 Wohnungen im Jahr im Werte von zwei bis zweieinhalb Milliarden. Diese können aufgebracht werden durch Eigenkapital in Höhe von fünf bis zehn Prozent des Bauwertes, durch erste und zweite Hypotheken in Höhe von 40 Prozent des Bauwertes mit Hilfe der Sparkassen (etwa 20 Prozent der Einlagen), der Hypothekenbanken, öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und aus dem freien Geldmarkt sowie schließlich durch öffentliche Mittel in Höhe von 50 bis 55 Prozent des Bauwertes, welche teils durch Haus-

zinssteuerhypotheken, teils durch Reichswohnungsanleihe sicherzustellen wären. Gegen eine mäßige Erhöhung der gesetzlichen Miete und der Hauszinssteuer am 1. April 1927 werden Bedenken nicht erhoben, falls den Gemeinden aus der erhöhten Hauszinssteuer ausreichende Mittel zur Deckung von Gehalts- und Lohn-erhöhungen gewährleistet werden. Ueber die baldige Umwandlung der Hauszinssteuer soll von den kommunalen Spitzenverbänden ein einheitlicher Vorschlag ausgearbeitet werden.

Die Danziger Anleihe wird in Deutschland aufgelegt

Danzig, 19. Novbr. Wie nunmehr feststeht, wird die Freie Stadt Danzig die zur Sanierung ihrer Finanzen notwendige Anleihe durch ein reichsdeutsches Großbankenkonsortium unterbringen und damit endgültig den Plan auf Empfehlung des Völkerbundesrat, eine solche Anleihe in einer von dieser Stelle beschränkten Höhe im nichtdeutschen Ausland aufzunehmen, fallen lassen. Die Anleihe soll 25 Millionen Mark betragen und durch die Einnahmen aus dem Tabakmonopol gesichert werden. Eine Übernahme des Tabakmonopols in die Regie des reichsdeutschen Konsortiums kommt nicht in Betracht.

Der Oktoberbericht der Deutschen Reichsbahn

Berlin, 19. November. Der Oktoberbericht der Reichsbahn weist für den September 1926 an Einnahmen 419 537 000 Reichsmark nach. Davon fallen auf Personen- und Gepäckverkehr 117 858 000 RM, den Güterverkehr 264 830 000 RM und sonstige Einnahmen 36 849 000 RM. Die Ausgaben betragen insgesamt 392 705 000 RM. Hieraus entfallen auf persönliche Ausgaben 210 323 000 RM, sachliche Ausgaben 125 730 000 RM, Dienst der Reparationsschuldverschreibungen 44 857 000 RM, Rückstellung für die gesetzliche Ausgleichsrücklage 8 391 000 RM und die Rückstellung für die Vorzugsdividenden 3 400 000 RM. Die Einnahmen des August werden von den Gesamteinnahmen des September um rund 6,4 Millionen RM überstiegen. Diese Mehreinnahme ist für die Mehrausgaben in den schlechtesten Verkehrsmonaten zurückgestellt worden. Der Personalbestand betrug im September 724 616 (im August 720 664) Köpfe. Im Laufe des Monats wurden Frachterleichterungen verschiedener Art zugestanden, einige Ausnahmetarife neu eingeführt und andere aufgehoben. Für den Verkehr zwischen den nördlichen Ländern und Jugoslawien und zwischen den Saarbahnen und den Niederlanden sind neue Tarife herausgegeben worden.